

Bekanntmachung

Vollzug der Wassergesetze;

Niederschlagswassereinleitung aus der Oberflächenwasserableitung aus dem Bereich der GVStr. B12-Hochgstaudent in den Brünstbach durch den Markt Hutthurm

Hier: Neuerteilung der wasserrechtlichen Erlaubnis vom 09.01.2005 Einleitungsstelle E32 neu

1. Sachverhalt bzw. Vorhaben

Die Gemeinde Hutthurm beantragt die Erteilung einer wasserrechtlichen Erlaubnis zur Niederschlagswassereinleitung aus der Oberflächenwasserableitung aus dem Bereich der GVStr. B12-Hochgstaudent in den Brünstbach durch den Markt Hutthurm

Nach den Antragsunterlagen ergeben sich folgende Einleitungen:

Einleitungsstelle	Benutztes Gewässer	Einleitungsmenge	Lage der Einleitungsstelle
Einleitungsstelle E32	Brünstbach	21 l/s max.	Fl-Nr. 1568, Gmkg. Prag

Die Details der beantragten Maßnahme können aus den Planunterlagen ersehen werden.

Für die beantragte Gewässerbenutzung ist eine Erlaubnis nach § 8 WHG erforderlich.

2. Auslegung

Die Planunterlagen für das Vorhaben liegen gemäß Art. 69 des Bayer. Wassergesetzes (BayWG) i. V. m. Art. 73 Abs. 3 des Bayer. Verwaltungsverfahrensgesetzes (BayVwVfG)

1 Monat in der Zeit vom

24.09.2024 bis 23.10.2024

im Rathaus der Gemeinde Hutthurm, Rathausplatz 1, 94116 Hutthurm

während der Dienststunden zur allgemeinen Einsichtnahme aus.

Die Planunterlagen/Antragsunterlagen können auch digital unter www.landkreis-passau.de unter der Rubrik Bekanntmachungen „Wasserrecht“ eingesehen werden.

Maßgeblich sind aber der Inhalt der amtlichen Bekanntmachung und die zur Einsicht ausgelegten Unterlagen in Papierform.

3. Einwendungsvorschriften

Jeder, dessen Belange durch das Vorhaben berührt werden, kann bis spätestens zwei Wochen nach Ablauf der Auslegungsfrist (= bis 06.04.2024) schriftlich oder zur Niederschrift beim Landratsamt Passau, Domplatz 11, 94032 Passau, Zimmer 3.11, oder bei der Gemeinde Hutthurm Einwendungen gegen das Vorhaben erheben.

Mit Ablauf der Einwendungsfrist sind alle Einwendungen ausgeschlossen, die nicht auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen.

4. Erörterungstermin

Sofern Einwendungen erhoben werden, findet ein Erörterungstermin statt, der mindestens eine Woche vorher ortsüblich bekannt gemacht wird.

Diejenigen, die Einwendungen erhoben haben, werden von dem Erörterungstermin schriftlich benachrichtigt.

Bei Ausbleiben eines Beteiligten in dem Erörterungstermin kann auch ohne ihn verhandelt werden.

Bei mehr als 50 Einwendungen findet die Benachrichtigung über den Erörterungstermin und über die Entscheidung hinsichtlich der Einwendungen durch öffentliche Bekanntmachung statt.

(Unterschrift)